



Reformbedürftig: Ob die Regierung genügend für die Verbesserung der Pflege tut, ist umstritten.

Foto dpa

## Pflegepolitik provoziert Verfassungsklage und Kritik

Verkehrte Welt: Während den Arbeitgebern die neue Pflegereform viel zu weit geht, wird die Regierung wegen Unterlassung verklagt.

ami./ja. BERLIN, 24. April. Die von der Regierung vorgesehene Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung um ein Viertel reicht nicht, um die mit der Reform versprochenen Leistungen dauerhaft zu finanzieren. Zu diesem Schluss kommt die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Sie stellt in einer dieser Zeitung vorliegenden Stellungnahme fest: „Schon jetzt ist absehbar, dass in wenigen Jahren eine abermalige Beitragssatzanhebung droht.“

Anders als von Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) im Gesetzentwurf behauptet, werde die Pflegeversicherung eben nicht zukunftsorientiert gemacht. Die geplanten Leistungsausweitungen verursachten dauerhafte Mehrausgaben in Milliardenhöhe „und erschweren damit die langfristige Finanzierbarkeit der sozialen Pflegeversicherung“. Die Arbeitgeber, die die Versicherung etwa zur Hälfte bezahlen, erinnern daran, dass diese eine Teilkaskoabsicherung sei und nicht

alles finanzieren könne, was wünschenswert sei. Wie in der Krankenversicherung, in der der Finanzierungsanteil der Arbeitgeber trotz höherer Ausgaben nicht steigen soll, um die Wirtschaft zu schonen, sei das auch in der Pflegeversicherung notwendig.

Den neuen „Pflegevorsorgefonds“, der jährlich mit 1,2 Milliarden Euro aus Beitragsgeldern dotiert werden soll, finden die Arbeitgeber zwar als Kapitalrücklage grundsätzlich richtig, doch haben sie erhebliche Vorbehalte im Detail. So müsse der Geldtopf wirksam vorzeitigem Zugriff der Politik geschützt werden und auf Dauer angelegt sein, weil der demographische Wandel kein vorübergehendes Phänomen sei. Die Regierung will den Fonds von der Bundesbank verwalten lassen und ab 2035 auflösen, um damit den dann erwarteten Beitragsanstieg zu dämpfen. Ab Mitte der dreißiger Jahre dürfe die Zahl der Pflegefälle stark wachsen, weil dann die geburtenstarken Jahrgänge das Alter erreichen, in dem viele Menschen pflegerische Hilfe brauchen.

Wenn die Regierung schon auf die ordnungspolitisch bessere individuelle Kapitaldeckung verzichte, müsse ihr der Zugriff auf den Fonds unmöglich gemacht werden. Die BDA empfiehlt dazu ein Konstrukt, in dem die Bundesbank „Treuhand-

der“ und das Bundesversicherungsamt „Treugeber“ wäre. Das Amt wickelt auch die Zahlungen zwischen Beitragszahlern und Kassen ab. So könne strafbewehrt sichergestellt werden, dass die Mittel unwiderruflich für den einmal festgelegten Zweck verwandt würden. Zudem müsse der Fonds länger als bis 2033 gespeist werden. Denn der Anteil der über 80-Jährigen steige erst danach von 8 auf 14 Prozent bis 2050 an. Der Kapitalstock sollte nicht ausgerechnet dann aufgebraucht sein, wenn besonders viele Menschen pflegebedürftig seien. Auch habe es nichts mit Generationengerechtigkeit zu tun, nur die Beitragszahler von 2014 bis 2033 zu Finanzierung zu zwingen.

Der Sozialverband VdK hat indes eine Verfassungsbeschwerde gegen die Zustände in vielen Pflegeheimen angekündigt. Damit solle der Bundestag zum Handeln gezwungen werden, sagte die Verbandsvorsitzende Ulrike Mascher dieser Zeitung. „Wir sind beunruhigt, dass Gesundheitsminister Hermann Gröhe die angekündigte Reform erst noch in zwei Schritten aufteilen will.“ Dabei seien die notwendigen Verbesserungen nun schon zum dritten Mal in einem Koalitionsvertrag versprochen worden. Mascher befürchtet überdies, dass durch den geplanten Aufbau eines Fonds vorerst das Geld fehle, um die Leistungen auf Demenz-

ranke auszuweiten. Deren Ausschluss aus der Versicherung sei ein „Geburtsfehler“ gewesen. Regierung und Koalition reagierten mit Unverständnis auf die Androhung juristischer Schritte.

Für die Klage in Karlsruhe sollen zehn Menschen ausgesucht werden, die zwar noch nicht pflegebedürftig sind, aber beispielsweise wegen chronischer Krankheiten ein erhöhtes Risiko dafür tragen. Ausarbeiten soll die Verfassungsbeschwerde der Regensburg-Juraprofessor Alexander Glaser. Dabei stützt er sich auf die Argumente seiner früheren Doktorandin Susanne Moritz.

Diese war zu dem Schluss gekommen, dass es flächendeckende Mängel in den Heimen gebe. Das „Unterlassen des Gesetzgebers“, dagegen einzuschreiten, verletze unter anderem das Grundrecht der Kranken auf Menschenwürde. Daraus leitet die Juristin eine Schutzpflicht des Staates her, wie sie das Bundesverfassungsgericht etwa in seinen Abtreibungsurteilen anerkannt hat. Moritz hofft, dass das Verfassungsgericht die Beschwerden annehme, obwohl die Kläger selbst noch gar nicht betroffen sind. Denn die Karlsruher Richter hätten in jüngerer Zeit Verfassungsbeschwerden für zulässig erklärt, wenn sich ein bestimmter Personenkreis im Ernstfall nicht mehr vor Gericht wehren könne.

## Berliner Rentenpaket fällt durch Demographie-Check

Nahles ignoriert Leitfaden des Innenministeriums

enn. BERLIN, 24. April. Die Kritik am „Rentenpaket“ perlt an der Bundesregierung ab. Höhere Mütterrenten und die Frührente mit 63 kosteten zwar viel Geld, das Vorhaben sei aber „gerecht“, sagt Regierungssprecher Steffen Seibert. Gerecht, weil Kindererziehung und langjährige Beschäftigung künftig mehr geldwerte Anerkennung finden sollen. Bezahlen für die milliardenteuren Leistungen müssen in den nächsten Jahrzehnten die Beitrags- und Steuerzahler. Die Jüngeren müssen, weil der Rentenversicherung so viel aufgebürdet wird, höhere Rentenbeiträge in Kauf nehmen – und sinkende Renten. Gerecht? Mit der Generationengerechtigkeit des Rentenpakets ist es jedenfalls nicht weit her.

Ein solches Missgeschick wird der großen Koalition jedoch in Zukunft voraussichtlich nicht mehr passieren – wenn die Minister denn einen neuen Leitfaden für besseres Regieren ernst nehmen. Kurz vor Ostern flatterte in den Bundesministerien ein Schreiben aus dem Haus von Innenminister Thomas de Maizière auf den Tisch. Unter dem Betreff „Demographie-Check für Gesetzes- und Verordnungsvorhaben“ liefern die Ministerialbeamten einen vierseitigen Fragenkatalog. Alle Ressorts, auch Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD), sollen ihre Gesetzespläne nun darauf überprüfen, welche Risiken sie für die demographische Entwicklung in Deutschland bergen.

Zwei Dutzend Fragen hat das Innenministerium in dem Katalog aufgelistet. Alle können nur mit „ja“ oder „nein“ beantwortet werden. „Hat das Vorhaben Auswirkungen auf die künftige Geburtenentwicklung?“, heißt es zuerst. Oder: „Hat das Vorhaben Auswirkungen auf die künftige Zu- und Abwanderung?“ Dann wird es spannend. Unter Punkt sechs findet sich eine der Gretchenfragen zu Nahles' Rentenpaket: „Führt das Vorhaben zu finanziellen Belastungen (Steuer- oder Abgabenerhöhungen, Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge) für künftige Generationen?“ Fast am Ende des Katalogs kommt dann die heikle Frage: „Sind durch das Vorhaben Auswirkungen auf eine Kultur des längeren Arbeitens zu erwarten?“ Und es folgt: „Hat das Vorhaben Auswirkungen auf die Sicherung der Fachkräftebasis?“ Ja, ja, ja. Und zwar negative.

Kommt der Demographie-Check für Andrea Nahles zu spät? „Der Gedanke ist natürlich nicht neu“, versichert ein Sprecher des Bundesinnenministeriums. „Im Zuge der Gesetzesfolgenabschätzung haben die Ministerien die Demographie auch bisher schon im Blick. Der Fragenkatalog ist als Arbeitsleichterung für die Ministerien gedacht.“ Tatsächlich sieht die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO) seit dem Jahr 2000 vor, dass beim Vorlegen, Formulieren und Erlassen von Rechtsnormen die Gesetzesfolgen abzuschätzen sind.

Hat die Regierung die Demographie auch bisher schon fest im Blick? Die Rentenpolitik der großen Koalition lässt daran zweifeln. Die Vorsitzende des Wirtschaftsverbandes „Die jungen Unternehmer“, Lenke Wischhusen, empfindet den Demographie-Check der Bundesregierung als Ablenkungsmanöver. Sie fordert, die Politik müsse sich endlich „im Vorfeld Gedanken machen, was ihre Politik bewirken wird“. Die Rente mit 63 sei dafür ein gutes Beispiel. „Sie ist zu tiefst generationenungerecht, soll aber noch im Mai durch den Bundestag gepeitscht werden“, kritisiert Wischhusen. „Dabei würde die Rente mit 63 klar durch den Demographie-Check fallen, weil sie bis zum Jahr 2030 über 66 Milliarden Euro zusätzlich kostet und den jungen Menschen damit Zukunftschancen und Handlungsspielräume nimmt.“ Die 28 Jahre alte Unternehmerin ist eine von den Jüngeren, die das Rentenpaket bezahlen muss. „Ich empfehle der Regierung: Erst denken, dann handeln“, sagt sie.

Nach Ansicht von Wischhusen sollte sich die Koalition nicht auf die Entwicklung mehrseitiger Fragenkataloge konzentrieren, sondern mit jungen Leuten sprechen. „Warum redet Frau Merkel zur Abwechslung nicht mal mit denjenigen, die ihre teure Rentenpolitik bezahlen müssen? Wir erwarten einen Gipfel für die junge Generation, bei dem wir darüber sprechen, wie wir die Lasten für alle Generationen anständig und fair verteilen.“ Im Gesetzentwurf von Ministerin Nahles, mit dem sich derzeit die Ausschüsse des Bundestags befassen und der am 22. Mai beschlossen werden soll, steht zur negativen Auswirkung auf die Rentenbeiträge ein Satz, zu den Demographie-Effekten kein Wort.

## Die Wirtschaft trotz der Ukraine-Krise

Ifo-Index setzt Aufwärtstrend unbeirrt fort

ipen. FRANKFURT, 24. April. Die möglicherweise drohenden Wirtschaftssanktionen gegen Russland und die mäßigen Konjunkturdaten aus China drücken offenbar nicht auf die Stimmung in den deutschen Unternehmen. Anders als von vielen Volkswirten erwartet, ist der Ifo-Geschäftsklimaindex im April von 110,7 auf 111,2 Punkte gestiegen, teilte das Ifo-Institut am Donnerstag mit. „Die bisher schon gute Geschäftslage hat sich weiter leicht verbessert“, kommentierte Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn.

Nach einem leichten Dämpfer im Vormonat setzt sich damit der schon länger andauernde Stimmungsaufschwung auf breiter Basis fort. Sowohl im Verarbeiten der Gewerbe als auch im Bau und im Handel stieg der Index an. Die befragten Unternehmen beurteilten zudem nicht nur ihre aktuelle Lage besser als im Vormonat, auch die Aussichten für die weitere Geschäftsentwicklung fielen positiver aus. „Die gut gefüllten Auftragsbücher sorgen für Optimismus, besonders auch im Exportgeschäft. Auch das Investitions-

klima hat sich weiter verbessert“, sagte der DZ-Bank-Volkswirt Michael Holstein.

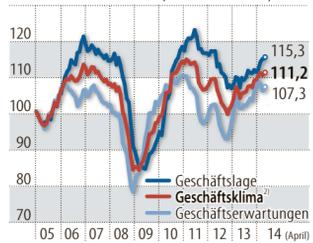
Nachdem am Mittwoch schon der Markt-Einkaufsmanagerindex, ein weiterer wichtiger Stimmungsindeks, gestiegen war, verstärkt der Ifo-Index die Hoffnung auf einen spürbaren Wachstumsschub in Deutschland. Die Commerzbank rechnet für das erste Quartal 2014 mit einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes um 0,8 Prozent zum Vorquartal und einem weiteren spürbaren Anstieg im Frühjahr.

Für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank können die neuen Ifo-Daten zweierlei bedeuten. „Für die EZB sind die guten Daten aus Deutschland natürlich eher ein Argument, von weiteren expansiven Maßnahmen abzusehen“, sagte Commerzbank-Chefvolkswirt Jörg Krämer. Allerdings stützten gute Konjunkturdaten den Euro, was wiederum die Inflationsrate zumindest kurzfristig drückt – und das spricht wiederum für eine weitere geldpolitische Lockerung. Dass eine solche Lockerung im Bereich des Möglichen ist, bekräftigte EZB-Präsident Mario Draghi

am Donnerstag in einer Rede in Amsterdam. Die Notenbank sei bereit, „sowohl konventionelle als auch unkonventionelle Instrumente einzusetzen, um den Risiken einer zu lang anhaltenden Phase niedriger Inflation wirksam entgegenzutreten“, sagte Draghi.

### Geschäftsklima steigt wieder

Ifo-Geschäftsklima-Index (2005 = Index 100)



1) Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel in Deutschland. Saisonbereinigte Monatswerte. 2) Mittelwert aus Geschäftslage und -erwartungen (sechs Monate).  
Quelle: Ifo Institut für Wirtschaftsforschung FAZ - Grafik Niebel

## EZB denkt über weniger Treffen des Rats nach

AMSTERDAM, 24. April (Reuters). Der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, denkt über Reformen in der Führungsebene der Europäischen Zentralbank nach. Die Häufigkeit der Treffen des EZB-Rats wie auch die weitgehende Vertraulichkeit der internen Beratungen sollten nicht in Stein gemeißelt sein, sagte Draghi in Amsterdam. „Nicht alle großen Notenbanken haben monatliche Treffen.“ Bei weniger Sitzungen könnte auch die Erwartungshaltung an den Märkten gedämpft werden, dass die Notenbank jedes Mal Maßnahmen ergreife. Zugleich dürfte eine Veröffentlichung von Protokollen mehr Licht in die hinter verschlossenen Türen gefassten Beschlüsse des Rats bringen, betonte Draghi. Die Diskussion über den Reformschritt schweilt seit längerem. Anders als etwa die Bank von England oder die amerikanische Federal Reserve, die sich achtmal im Jahr zu Zinssitzungen trifft, veröffentlicht die EZB keine Protokolle. Draghi, der die Beschlüsse nach den Ratssitzungen vor der Presse erläutert, ist für mehr Transparenz. In welcher Form die Notenbank künftig Zusammenfassungen veröffentlichen könnte, ist unklar. Bei einem schriftlichen Resümee müssten die „Unabhängigkeit der Mitglieder des EZB-Rats und die Beschlussfassung als Kollegium“ gewahrt bleiben, sagte Draghi.

## Der Emissionshandel funktioniert

Studie belegt Erfolg – allerdings nur für eine bestimmte Zeit

hmk. BRÜSSEL, 24. April. Für die einen ist er das effizienteste Instrument zum Klimaschutz, für die anderen die größte Enttäuschung der europäischen Klimapolitik: der Emissionshandel. Der Charme des Emissionshandels ist seine Einfachheit, argumentieren die Befürworter. Die EU legt fest, wie viel Treibhausgas die betroffenen Unternehmen in einer Periode ausstoßen dürfen. Die erhalten eine entsprechende Menge an Ausstoßrechten zugeeilt. Dann haben sie die Wahl, die Rechte zu verbrauchen und zur Not Rechte von anderen dazuzukaufen oder den Ausstoß zu senken und die Rechte zu verkaufen. Der Handel sorgt damit dafür, dass dort der Ausstoß sinkt, wo es am billigsten ist. Klingt gut, funktioniert aber nicht, sagen die Gegner und weisen auf die seit langem niedrigen Preise für Emissionsrechte, die keinen Anreiz für Investitionen in emissionsarme Technik setzen. Funktioniert doch, schließen nun die Autoren einer Studie des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW).

Die Autoren des IfW haben die ersten Jahre des 2005 ins Leben gerufenen Emissionshandels anhand von Daten des Statistischen Bundesamtes zu deutschen Unternehmen analysiert. Für den Zeitraum 2007 bis 2010 lässt sich belegen, dass die vom Emissionshandel betroffenen Industrieunternehmen den Ausstoß spürbar gesenkt haben – zumindest verglichen mit den Unternehmen, die nicht in den Handel einbezogen waren. Die betroffenen

Unternehmen hätten ihre Energieeffizienz stark verbessert und außerdem die Nutzung von Öl und Gas reduziert, sagt Sebastian Petrick vom IfW. Sie hätten damit den CO<sub>2</sub>-Ausstoß um durchschnittlich 25 Prozentpunkte stärker gesenkt als vergleichbare Unternehmen, die nicht am Emissionshandel teilnehmen. Anders sah das nach der Studie in den ersten Jahren des Emissionshandels aus, der durch eine sehr hohe Ausstattung der Industrie mit Ausstoßrechten gekennzeichnet war. In dieser Testphase lasse sich kaum eine Wirkung feststellen, schließen die Autoren.

Abschließend beantworten lässt sich die Frage, ob der Emissionshandel funktioniert oder nicht, auf Basis der Studie letztlich allerdings nicht. Denn der Preisverfall, an dem die Kritiker das Scheitern des Instruments festmachen, setzte erst 2011 ein. Von 2008 bis 2010 sank der Preis zwar von 30 auf 15 Euro. Er lag damit aber immer noch im Rahmen der Prognosen. Zuletzt lag der Preis trotz eines leichten Anstiegs seit Jahresbeginn immer noch unter 6 Euro. Das Gleiche gilt auch für die zweite zentrale Frage, die die Autoren nachgegangen sind, ob die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie unter dem EU-Emissionshandel leidet. Die Autoren sehen keine Anzeichen dafür. Allerdings wurden die Zertifikate bis 2010 noch beinahe vollständig umsonst vergeben und die zum CO<sub>2</sub>-Abbau nötigen Investitionen waren überschaubar.

Deutsche Bank

„Ich möchte unser neues Traumhaus genießen – ohne ständig an die Finanzierung denken zu müssen.“

Es gibt einen Weg, eine Baufinanzierung so zu gestalten, dass sie ganz einfach zu Ihrem Leben passt.  
Der Weg der Deutschen Bank.

Vereinbaren Sie jetzt einen Termin unter (069) 910-10027 oder [www.deutsche-bank.de/baufi](http://www.deutsche-bank.de/baufi)

Leistung aus Leidenschaft

Deutsche Bank Baufinanzierung

1,89 %  
gebundener Sollzinssatz p. a.\*

Nettodarlehensbetrag	100.000 EUR
Laufzeit	25 Jahre
Sollzinsbindung	5 Jahre
Anfängliche mtl. Rate	419,62 EUR
Effektiver Jahreszins	1,91 %
Bearbeitungskosten	keine

Repräsentatives Beispiel Immobilienwerb (mit monatlicher Tilgung), Stand: 01.04.2014.

\*Finanzierungsbedarf bis max. 50% des Kaufpreises, nur für Neugeschäft, Bonität vorausgesetzt. Zusätzlich fallen noch Kosten im Zusammenhang mit der Bestellung der Grundschulden an, wie Notarkosten, Kosten der Sicherheitenbestellung (z. B. Kosten für das Grundbuchamt) sowie für die Gebäudeversicherung.